

Eine Petition der HU an den Bundestag zwecks Änderung des Gesetzes gegen jugendgefährdendes Schrifttum (GjS) bereitet unser Mitglied Herr Rechtsanwalt Adolf Holzmüller, Hamburg vor. Das GjS entwickelt sich mehr und mehr zu einem Mittel der indirekten Literaturzensur (gegen Teile dieses Gesetzes läuft übrigens z.Zt. mit guten Erfolgsaussichten eine Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht). Die Eingabe der HU wird folgende Forderungen enthalten:

1. Die Werbe- und Vertriebsverbote des GjS sind auf den konkreten Jugendschutz zu beschränken. D.h. nur der Vertrieb von jugendgefährdenden Schriften an Jugendliche und die auf Jugendliche gezielte Werbung ist zu verbieten, nicht dagegen die allgemeine Werbung und der Vertrieb an Erwachsene. Das muß für alle Vertriebszweige gelten.
2. Die Besetzung der Bundesprüfstelle für j.S., die z.Zt. zu 3/4, mitunter bis zu 5/6 mit literarisch nicht sachverständigen Beamten, Vertretern der Kirchen oder anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften besetzt ist, bedarf der Änderung. Zu fordern ist eine Bundesprüfstelle, die nach den Grundsätzen einer freiwilligen Selbstkontrolle ausgerichtet ist, und in einer größeren Zahl als bisher mit Literatur-Sachverständigen, Psychologen und Soziologen besetzt wird, die nicht Vertreter staatlicher oder weltanschaulicher Interessengruppen sind.
3. Die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte für Indizierungs-Anfechtungsverfahren ist dahingehendst zu regeln, daß sie sich nicht mehr nach dem Sitz der Bundesprüfstelle richtet, sondern nach dem Sitz des jeweils betroffenen Verlages.

Bei unserem Bestreben, die Volksschuleinschreibung in Bayern von dem teilweise massiven behördlichen und administrativen Druck zu Gunsten der Konfessionsschule zu entlasten und für Eltern die Entscheidung für die Gemeinschaftsschule zu erleichtern, können wir einen kleinen Erfolg verzeichnen: Das Schulamt der bayerischen Landeshauptstadt schrieb bisher in dem Merkblatt zur Schuleinschreibung den Eltern volksschulpflichtiger Kinder vor, daß eine Ummeldung von einer Schulart in die andere, die ja nach jeder Klasse erlaubt ist, spätestens zum Termin der Neueinschreibungen - also 3 Monate vor Schuljahrsende - dem jeweiligen Klassenleiter und Schulvorstand mitgeteilt werden müsse. Auf unsere vor einigen Wochen erfolgte schriftliche Einwendung hin, daß die betreffenden Eltern fürchten müßten, ihr Kind für die Zeit nach der Bekanntgabe des geplanten Wechsels unter Umständen bewußten oder unbewußten Sanktionen eines gekränkten Lehrers auszusetzen und deshalb in der verfassungsmäßig geforderten freien Wahl der Schulart behindert seien, sagten die Schulbehörden zu, im nächsten Jahr ein neues Merkblatt herauszugeben und darin unserem Antrag gemäß auch die Möglichkeit einer Ummeldung am Schuljahrsende ausdrücklich einzuräumen (eingehender Bericht in den VORGÄNGEN Nr. 8/63)

Das geplante Memorandum der HU zur Strafrechtsreform ist inzwischen unter Mithilfe der sachkundigen Mitglieder zu einem 8-seitigen Textentwurf gediehen und geht dieser Tage Juristen, Soziologen, Psychologen und Psychotherapeuten der HU zur Begutachtung und evtl. Ergänzung zu. Wer von unseren übrigen Mitgliedern noch Vorschläge oder Kritik anbringen will, möge bitte den Entwurf in der Münchner Geschäftsstelle anfordern.

Durch eine ausführliche programmatische Informationsbroschüre über die HU werden wir in nächster Zeit die Perbeschrift "Was ist, was will und was tut die HU" ergänzen, die sich für eine erste Kontaktaufnahme mit Interessenten und als Zeitschriftenbeilage sehr bewährt hat. In der neuen Schrift stellen und beantworten wir Fragen, wie sie mißtrauische Aussenstehende an unsere Vereinigung zu richten pflegen.

Die beiden öffentlichen szenischen Leseabende aus "Der Stellvertreter" von Hochhuth, die die humanistische Studenten-Union in München wie berichtet im Juli als Protest gegen die Ablehnung des Stücks durch die Münchner Theater veranstaltete (mit Walter Ohm, Hanns Ernst Jäger, Alois Maria Giani, Gerd Baltus, Fritz Strassner, Hans Stein und Wolfried Lier) fanden ebenso wie die einige Tage danach anschließende öffentliche Podiumsdiskussion in der Presse große Beachtung: in über 30 Zeitungen erschienen Vorankündigungen und Besprechungen.

Die Mitglieder, die auf die in den letzten "Mitteilungen" angebotenen Vortragsmanuskripte oder auf die angekündigte Liste von Gesprächspartnern warten, bitten wir, sich noch etwas zu gedulden. Die Urlaubszeit und die für die anfallende Arbeit viel zu geringe personelle Besetzung der Geschäftsstelle haben die Vervielfältigung der Texte und Listen, die wir aus Kostengründen selbst vornehmen wollen, verzögert.

Veranstaltungen der Humanistischen Union:

Auf Einladung des Ortsverbandes Bremen referierte am 1. Juli Herr Pastor Günter Abramzik über das Thema "Christsein ohne Kirche"

Am 16. Juli sprach für die Humanistische Studenten - Union Freiburg Herr Rechtsanwalt Heinrich Hannover, Bremen, über "Politische Strafjustiz und Demokratie".

Am Tage danach diskutierte die Freiburger Hochschulgruppe mit dem katholischen Hochschulbund NEUDEUTSCHLAND über die Humanistische Union.

Der Berliner Ortsverband konnte für den 12. Juli Herrn Prof. Dr. Sontheimer von der Freien Universität Berlin zu einem Vortrag über das Thema "Keine Demokratie ohne Pluralismus?" gewinnen. Die Ausführungen von Herrn Prof. Sontheimer und die anschließende Diskussion, die sich zu einer Debatte über die Aufgaben der HU entwickelte, wurden vom "Sender Freies Berlin" mitgeschnitten.

Am 10. September wird Herr Prof. Dr. Hapke, Lüneburg, sein Referat "Vielfalt der Glaubenshaltungen - Gemeinsamkeit der Verantwortung" auf einer öffentlichen Veranstaltung des Bremer Ortsverbandes halten.

HUMANISTISCHE UNION

München 9, Geiseltasteigstr. 116

Konten: Postscheckkonto München Nr. 104 200
Dresdner Bank Nr. 106 018